

Stefan Karner – Wilhelm Sandrissler (Hg.)

**Europäische Werte
Ihre Bedeutung für Freiheit, Sicherheit und Integration**

Sicherheitspolitik

Band 1

Stefan Karner – Wilhelm Sandrissler (Hg.)

Europäische Werte

Ihre Bedeutung für Freiheit, Sicherheit
und Integration

Redaktion
Richard Wallenstorfer

leykam: WISSENSCHAFT

Impressum

 Bundesministerium
Inneres

Veröffentlicht im Auftrag und mit Unterstützung von
Bundesministerium für Inneres

 Bundeskanzleramt

Mit Unterstützung von
Bundeskanzleramt

Durchgeführt am

Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Kooperation mit der
Universität Graz und der Stadt Graz



Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die Bildquellen- und Copyright-Nachweise wurden mit größter Sorgfalt erhoben. Im Falle geltend zu machender Urheberrechte ersuchen die Herausgeber um Kontaktaufnahme. Den Autorinnen und Autoren wurde es selbst überlassen, personenbezogene Bezeichnungen zu gendern. Wenn aus Gründen leichterer Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form (generisches Maskulinum) gewählt wurde, schließt diese beide Geschlechter ein.

Das Werk setzt sich aus Beiträgen aus Wissenschaft und Praxis zusammen. Die inhaltliche Verantwortung übernimmt hierbei die jeweilige Autorin bzw. der jeweilige Autor.

Herausgeber

Stefan Karner – Wilhelm Sandrisser

Redaktion

Richard Wallenstorfer

Lektorat und Satz

Elisabeth Stadler, www.zwiebelfisch.at

Titelabbildung und Gesamtherstellung

Leykam Buchverlag

1. Auflage 2023

© 2023 by Leykam Buchverlags GmbH Nfg. & Co. KG, Graz – Wien

ISBN 978-3-7011-0477-2

Inhaltsverzeichnis

Grußworte

| | |
|--|----|
| <i>Wolfgang Sobotka</i> Präsident des Nationalrates | 11 |
| <i>Gerhard Karner</i> Bundesminister für Inneres der Republik Österreich | 15 |
| <i>Susanne Raab</i> Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt der Republik Österreich | 17 |
| <i>Karoline Edtstadler</i> Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt der Republik Österreich | 21 |

Einleitende Beiträge

| | |
|--|-----|
| <i>Wilhelm Sandrisser</i> Die Bedeutung europäischer Werte für Freiheit und Sicherheit in Europa | 27 |
| <i>Martin Kienl</i> Werthaltungen und Normen von Zugewanderten als Faktor in der Integrationspolitik | 107 |

Teil 1: Förderung und Schutz europäischer Werte

Ulrich Schlie

Die europäischen Werte und die Zukunft des Westens 117

Hannes Richter – Martin Weiss

Werte, Generationenwechsel und Unterstützung der liberalen
Demokratie: Ein Blick aus den Vereinigten Staaten 137

Alexander Kissler

Wenn Europa eine Wertegemeinschaft sein will, muss es
das Gemeinwohl neu entdecken lernen 153

Seyran Ates – Michael Laubsch

Europa und seine Werte neu denken 157

Joachim Bitterlich

Zuwanderung in eine Gesellschaft und ihre Auswirkung auf Wertesysteme.
Was sind unsere Werte? – Eine Einführung in die Debatte 173

Maram Stern

Die Bedeutung von Religionen für die Entwicklung europäischer Werte 179

Teil 2: Herausforderung „Extremismus /Terrorismus“

Florian Hartleb

Rechts- und Linksextremismus und die Covid-19-Pandemie 197

Gilles de Kerchove – Christiane Höhn

Der EU-Ansatz gegen gewalttätigen Extremismus und Terrorismus.
Ein Diskurs zum Thema Ideologie und Mobilisierung „weicher“
Politiken in den Bereichen Jugend, Kultur und Bildung 221

Thomas Müller

Radikalisierung und Terrorismus aus der Sicht der Kriminalpsychologie.
Psychologische Aspekte bei der Betrachtung von IS-Terroristen
und deren Sympathisanten 243

Nicolas Stockhammer

Strukturelle Ursachen für Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus.
Eine multifaktorielle Ätiologie 253

Stefan Goertz

Aktuelle Herausforderungen im Bereich Rechtsextremismus und
Rechtsterrorismus 273

Teil 3: Herausforderung „Politischer Islam“

Zekirija Sejdini

Der Islam als Religion mit vielen Ausprägungen 293

Mouhanad Khorchide

Islam in Europa oder ein europäischer Islam? 311

Abmad Mansour

„Freiheit beginnt im Kopf“. Präventionsansätze gegen islamische
Radikalisierung zur Förderung europäischer Werte und Integration 327

Ebrahim Afsab

Wehrhafte Demokratie, Freiheit und Islam 355

Nina Scholz

Die unterschätzte islamistische Ideologie 387

Teil 4: Herausforderung „Antisemitismus“

Armin Lange

Das religiöse Wesen des Antisemitismus – am Beispiel der Attentäter
von Pittsburgh und Poway 405

Oskar Deutsch

Das österreichische Modell der Zusammenarbeit zwischen der
Israelitischen Kultusgemeinde Wien und Sicherheitsbehörden 427

Lawrence H. Schiffman

Dem Antisemitismus ein Ende! Werkzeuge für ein umfassendes
Programm zur Beendigung des Judenhasses 439

Katharina von Schnurbein

Maßnahmen der Europäischen Union gegen Antisemitismus 453

Melody Sucharewicz
Herausforderung „Antisemitismus“ 471

Teil 5: Herausforderung „Integration“

Christian Stadler
Gemeinsame Werte als Grundlage des gesellschaftlichen
Zusammenlebens. Eine polemologische Reflexion
über liberale Integrationspolitik 481

Kenan Güngör
Abwertungstendenzen unter Einheimischen und Zugewanderten 493

Susanne Schröter
Parallelgesellschaftliche Strukturen aus österreichischer und
europäischer Perspektive 513

Emina Saric
Ehrkulturelle Milieus im Kontext der Integration 531

Lisa Fellhofer
Politischer Islam als Integrationshindernis 545

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 555

Autorinnen und Autoren 559

Grußworte

Wolfgang Sobotka

Präsident des Nationalrates

Die Gründerväter der Europäischen Union engagierten sich für eine europäische Einigung mit dem Ziel, dem Kontinent Frieden zu bringen, die Teilung Europas zu überwinden und das Wohlergehen der Menschen zu fördern. Fundament dieser Ziele waren und sind gemeinsame europäische Wertvorstellungen, deren Kern der Respekt der Menschenwürde ist. Mit der schrittweisen Verankerung der Grundrechte und Grundsätze in den Verträgen und schließlich der Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte mit dem Vertrag von Lissabon konnten diese Wertvorstellungen kodifiziert werden.

Der spanische Philosoph Ortega y Gasset sagte Anfang des letzten Jahrhunderts, „vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut“. Beispiele für dieses Gemeingut sind der gemeinsame Widerstand gegen Hegemoniebestrebungen einzelner europäischen Staaten, die führende Rolle von Städten und Bürgern, die hohe Wertschätzung von Arbeit und Leistung, die Verschmelzung von Antike, Judentum, Christentum und germanisch-keltisch-slawischen Kulturen. Auch teilen wir – natürlich in unterschiedlichem Ausmaß – gemeinsame europäische Wurzeln: Antike, Mittelalter, Renaissance und Humanismus, Reformation und Gegenreformation, Aufklärung und die großen Revolutionen haben uns Europäer geprägt. Daraus folgt, dass wesentliche Werte und Interessen, wie der Respekt vor Freiheit und Eigenverantwortung, die Würde des Menschen, Solidarität, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie, bei Europäern sehr ähnlich ausgeprägt sind.

In den letzten Jahren stellten sich die Zentrifugalkräfte und Nationalismen innerhalb der Union allerdings als sehr dominant dar. Währungs-, Migrations- und Coronakrise, Populisten erstarken in vielen europäischen Ländern, das Vereinigte Königreich, eines der größten Mitglieder der Europäischen Union, scheidet aus dem Verband aus. Radikaler Islamismus, wie er sich zuletzt in Frankreich

und Österreich von seiner brutalsten Seite gezeigt hat, und Antisemitismus in all seinen Facetten und Erscheinungsformen stellen eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, sind zutiefst demokratiefeindlich und richten sich diametral gegen unsere Werte.

Für die europäische Jugend sind Frieden, Stabilität und ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit selbstredend, die Generation Europa nimmt die Errungenschaften der Europäischen Union und der Eurozone als selbstverständlich wahr. Soweit Skepsis gegenüber der Europäischen Union besteht, gilt diese zumeist nicht dem Friedensprojekt, sondern den europäischen Institutionen bzw. der konkreten Umsetzung der europäischen Politik, die dem Alltag vieler Menschen so fern scheint. Was gebraucht wird, sind ein neues Narrativ und Initiativen in Bereichen, die die Jugend von heute besonders betreffen und bewegen. Dies sind vor allem Themen, die die Sicherheit und Zukunft Europas berühren, wie Umwelt- und Klimaschutz, die Bewältigung der Coronakrise, die Digitalisierung Europas, die Bekämpfung von Terrorismus, Cyberangriffen und Hasskriminalität und die Stärkung der Wirtschaftskraft Europas in einer globalisierten Welt.

Daneben muss stets das Bewusstsein für die Bedeutung eines Lebens in einer demokratischen, liberalen Gesellschaft hochgehalten werden. Gerade die Sicherheit der Parlamente und ihrer Abgeordneten ist in diesem Kontext ein zentraler Aspekt, wie der Sturm auf das Kapitol Anfang Jänner 2021 oder auch die Protestbewegungen in Europa im Zuge der Covid-19-Krise deutlich gemacht haben. Sie verkörpern Angriffe auf die Demokratie und unsere Werte, die es aber vehement zu verteidigen gilt.

Als Nationalratspräsident ist es mir auch ein zentrales Anliegen, Antisemitismus in jeglicher Form entschlossen entgegenzutreten und dazu beizutragen, einen gesamtgesellschaftlich wirksamen Gegenentwurf zu schaffen. Dabei ist es mir ebenso wichtig, dass wir das öffentliche Bewusstsein dafür stärken, dass jüdisches Leben, jüdische Kultur und Geschichte ein wesentlicher Teil der Identität Europas sind. Dies zu erreichen, fordert unser aller Verantwortung, insbesondere auch die des Parlaments. Ich bin überzeugt, dass wir in der Zusammenarbeit bei der uns alle betreffenden Bekämpfung des Antisemitismus und Stärkung jüdischen Lebens in Europa nur gemeinsam Fortschritte erzielen können. Nach meinem Dafürhalten wäre es wichtig, den Kampf gegen Antisemitismus in einem nächsten Schritt als Querschnittsmaterie auf europäischer Ebene zu verankern. Das würde es ermöglichen, Antisemitismusbekämpfung in jedem Gremium auf die Tagesordnung zu setzen und zu thematisieren.

Auch gegen alle Formen des Radikalismus oder Extremismus müssen wir entschieden vorgehen. Was etwa den radikalen Islamismus, eine ungelöste politische Herausforderung in ganz Europa, anbelangt, müssen in den Mitgliedsstaaten die Grundwerte wie Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit besser geschützt werden. Es muss klargemacht werden, dass die Scharia mit der europäischen Rechtsordnung nicht in Einklang gebracht werden kann und auch keine Parallelgesellschaften geduldet werden können.

Für all die genannten Punkte gibt es keine einfachen Lösungen. Gerade deshalb sind wir jedoch jetzt gefordert, neue Möglichkeiten zu schaffen, gemeinsame Werte bestmöglich zu kommunizieren und nachhaltig klarzustellen, dass Europa die beste Lösung ist und über einen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger verfügt.

Diese klare Kommunikation unserer Werte spielt auch im breitgefächerten Querschnittsbereich der Integration und der Gestaltung der Migrationspolitik eine zentrale Rolle. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich durch alle Lebensbereiche wie Kindergarten, Schule, Vereine, Wohnen und Beruf zieht und in vielen Gremien thematisiert wird. Gerade die nationalen Parlamente dienen hier als Schnittstelle und Diskussionsplattform zu den Bürgerinnen und Bürgern und leisten dadurch auch einen gesamtstaatlich sehr wichtigen Beitrag.

Den Autorinnen und Autoren dieser überaus wertvollen Publikation danke ich herzlich für die geleistete Arbeit und wünsche schon heute eine breite und positive Aufnahme ihrer Beiträge.

Gerhard Karner

Bundesminister für Inneres der Republik Österreich

Die Achtung der Menschenwürde, von Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte sind die im EU-Vertrag definierten europäischen Werte. Wenn Europa sich dieses Handlaufs bedient, wird Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit gewährleistet.

Extremisten und Terroristen bekämpfen allerdings unsere Freiheit und die europäische Vielfalt. Ihr Ziel ist die Unterordnung unter extremistische Formen der Religionsausübung oder unter eine einzige, als richtig definierte Ideologie. Solche Zusammenhänge zeigt auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf.

Wir müssen menschenfeindlichen Ideologien deshalb frühzeitig entgegenreten. Wir müssen den Menschen immer wieder vermitteln, welchen Mehrwert Freiheit und wechselseitiger Respekt für ihr persönliches Leben sowie ein friedliches Zusammenleben haben. Das erfordert wirksame Maßnahmen gegen Desinformation oder extremistische Propaganda. Österreich war und ist dabei besonders aktiv, zum Beispiel beim Kampf gegen terroristische Online-Inhalte. Wir arbeiten etwa entschlossen an der Umsetzung einer Strategie gegen Antisemitismus in unserem Land. Zudem sind mir die Verstärkung europäischer Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und neue Formen von Extremismus, wie sie während der Corona-Pandemie sichtbar wurden, besondere Anliegen.

Für mich ist ganz klar: Verstöße gegen unsere europäische Grund- und Wertordnung dürfen nicht relativiert oder hingenommen werden, egal aus welcher Richtung sie kommen; ob etwa von Männern, die Frauen Rechte verwehren wollen, oder von Schleppern, die mit ihrem kriminellen Geschäftsmodell brutal und skrupellos die Menschenwürde von Geschleppten verletzen und europäische Werte mit Füßen treten.

Nach dem schrecklichen Terroranschlag am 2. November 2020 in Wien haben wir nicht zugelassen, dass Terrorismus die Gesellschaft spaltet. Zudem haben wir unsere Sicherheitsmaßnahmen weiter ausgebaut. Damals und heute gilt: Wir verteidigen unsere Freiheit und Demokratie. Dazu trägt die neu aufgestellte Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst maßgeblich bei.

Wenn etwa unsere Polizei Demonstrationen begleitet, verfolgt sie ein doppeltes Ziel: Sie schützt das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und gleichzeitig das Recht auf Freiheit und Sicherheit anderer Menschen. In solchen Fällen verteidigt die Polizei unsere europäischen Werte durch entschlossenes Einschreiten, wie das bei einzelnen Corona-Protesten der Fall war, bei denen unter anderem auch medizinisches Personal geschützt werden musste.

Diese für BMI und Polizei grundlegenden Zusammenhänge von europäischen Werten, Freiheit, Sicherheit und Integration werden im vorliegenden Buch aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Die Arbeit daran erfolgte in Kooperation mit der Integrationssektion und der Stabsstelle Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe im Bundeskanzleramt sowie mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Ihnen allen gilt mein Dank für die Mitwirkung am Sammelband! Die darin beinhaltenen Beiträge, Überlegungen und Vorschläge sollen zur Diskussion über das Thema „europäische Werte“ beitragen und bei der Weiterführung einer entsprechenden proaktiven Sicherheitspolitik helfen.

Susanne Raab
**Bundesministerin für Frauen, Familie,
Integration und Medien im Bundeskanzleramt
der Republik Österreich**

Bereits in der Präambel des Vertrags der Europäischen Union wird festgehalten, dass wir unsere Wertegemeinschaft auf Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit gründen und aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas schöpfen. Über 70 Jahre Frieden zeugen von der Stabilität dieses Wertefundaments. Ein kurzer Blick in die Geschichte unseres Kontinents zeigt aber auch, wie hart diese Grundwerte erkämpft wurden. Sei es durch den Prozess der Aufklärung, der durch das Streben nach Freiheit, Vernunft und Selbstbestimmung geprägt war und durch den erst ein bürgerliches Bewusstsein entstand, oder durch zwei verheerende Weltkriege, die durch Nationalismus und Menschenverachtung ausgelöst wurden.

Nicht zuletzt diese Erfahrungen lehren uns die Bedeutung von Zusammenhalt und Solidarität und die Wichtigkeit auf europäischer Ebene gemeinsam gegen gesellschaftliche Spaltung und abwertende Einstellungen entschlossen vorzugehen. Errungenschaften wie die Gleichstellung der Geschlechter, Meinungsfreiheit oder Gewaltenteilung sind uns nicht in den Schoß gefallen, sondern sind die Ergebnisse eines langen, steinigen Weges, den wir als Gesellschaft gegangen sind und weiterhin gehen müssen. Hier dürfen wir keinen Schritt zurückgehen, im Gegenteil, wir müssen diese Werte hochhalten und konsequent schützen.

Der Integration kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Denn das Ziel von Integration ist es sicherzustellen, dass wir in einer demokratischen, liberalen Gesellschaft friedlich unter dem Dach gemeinsamer Regeln, Normen und Werte zusammenleben können. Für solch eine moderne Gesellschaftsordnung ist ein geteiltes Wertefundament unverzichtbar, denn gemeinsame Werte geben der Vielfalt Zusammenhalt und eine gemeinsame Basis. Damit eine liberale, demo-

kratische Gesellschaft funktioniert, braucht es daher klare Rahmenbedingungen und ein gemeinsames, verbindliches Regelwerk für alle – und dieses muss seitens des Staates auch eingefordert werden.

Die Grundlage der österreichischen Integrationsarbeit sind klare Zielsetzungen für Menschen mit Migrationshintergrund, wie das Erlernen der deutschen Sprache, das Anerkennen der österreichischen Werte und die ehestmögliche Selbsterhaltungsfähigkeit durch Teilnahme am Arbeitsmarkt. Um dieses Konzept von „Fördern und Fordern“ umzusetzen, wurden in Österreich in den letzten zehn Jahren effiziente Integrationsstrukturen etabliert.

Neben den strukturellen Ebenen der Integrationsarbeit wie den Themenfeldern Arbeitsmarkt und Bildung ist die kulturell-emotionale Integration zunehmend in den Fokus gerückt, und damit die Frage, wie das gemeinsame Wertefundament, aber auch das Zugehörigkeitsgefühl von Zugewanderten zum Aufnahmeland gestärkt werden kann. Um diesem Ziel näherzukommen, wurden in Österreich Werte- und Orientierungskurse ins Leben gerufen. Sie stellen eine zentrale Maßnahme des bereits 2015 präsentierten 50-Punkte-Plans zur Integration von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten dar und wurden im Integrationsgesetz 2017 auch rechtlich verankert. Dieses auch im Ausland viel beachtete Erfolgsmodell wird laufend ausgebaut und um relevante Schwerpunkte wie zum Beispiel Antisemitismus-Prävention und Gleichstellung von Frauen erweitert.

Parallel zu vielen Beispielen gelungener Integration, bei denen sich Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich zuhause fühlen und am Bildungssystem, Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sehen wir uns mit großen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen konfrontiert, vor denen wir die Augen nicht verschließen dürfen. Im Gegenteil, die in diesem Sammelband behandelten Bedrohungen wie Extremismus, Terrorismus, der Politische Islam und Antisemitismus müssen mit aller Kraft und Konsequenz bekämpft werden.

Gerade aus integrationspolitischer Sicht muss daher ein besonderes Augenmerk auf jene Milieus gelegt werden, die das gemeinsame Wertefundament verlassen. Deshalb kommt der Verhinderung von Parallelgesellschaften eine besondere Bedeutung zu, denn diese können den Nährboden für demokratiefeindliches Gedankengut bilden. Auch wenn solche segregierten Milieus in einigen anderen europäischen Ländern bereits wesentlich ausgeprägter sind als in Österreich, besteht dennoch dringender Handlungsbedarf, wie nicht zuletzt die wiederholten Ausschreitungen in Wien Favoriten im Sommer 2020 deutlich machten.

Eine besondere Herausforderung stellen dabei auch Ideologien wie der Politische Islam dar, der eine antidemokratische und segregative Agenda verfolgt, die mit dem liberalen Rechtsstaat in Österreich nicht kompatibel ist. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, wurde die Dokumentationsstelle Politischer Islam ins Leben gerufen. Mithilfe wissenschaftlicher Ansätze sollen die Methoden und Ziele des Politischen Islam aufgezeigt und bewertet werden. Dies stets unter der Prämisse, dass radikale und fundamentalistische Gruppen, die Gewalt als legitimes Mittel erachten und antisemitische und frauenfeindliche Propaganda verbreiten, erfolgreiche Integration verhindern und sich deshalb in Österreich nicht ausbreiten dürfen.

Ein weiteres Phänomen, das häufig mit Parallelgesellschaften einhergeht und in einem patriarchal geprägten sozialen Umfeld entsteht, ist ehkulturelle Gewalt. Strukturelle, kollektivistische und psychische Gewalt im Namen der Ehre sowie generell patriarchale Rollenbilder haben in Österreich und Europa keinen Platz. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist einer der wichtigsten Grundpfeiler der europäischen Wertegemeinschaft. Daher dürfen wir kulturell und religiös konnotierten Unterdrückungsmechanismen in Verbindung mit Ehre, Scham und Schande keinen Raum geben, sondern müssen die Selbstbestimmung sowie Selbsterhaltungsfähigkeit von Frauen und Mädchen mit aller Kraft stärken.

Europäische Werte, Integration und Sicherheit sind zentrale Zukunftsthemen, die eng miteinander verknüpft sind. Durch eine starke gemeinsame Wertebasis, getragen von historisch gewachsenen und unverhandelbaren Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, schaffen wir Wohlstand und Sicherheit in Österreich und Europa. In diesem Sammelband beleuchten namhafte Expertinnen und Experten diese Zusammenhänge und leisten mit ihrer gebündelten Fachexpertise einen wertvollen Beitrag zu dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Debatte.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine informative, aufschlussreiche Lektüre.

Karoline Edtstadler

Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt der Republik Österreich

Europa lag zum Teil noch in Trümmern, als am 9. Mai 1950 Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug, um vernichtende Kriege zwischen den europäischen Staaten faktisch unmöglich zu machen. Es folgte ein Prozess, der eine Epoche des Friedens und des Wohlstands in Europa einleitete, wie sie unser Kontinent davor noch nie gesehen hatte. Schließlich entwickelte sich daraus die Europäische Union, ein Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ein wertebasiertes Erfolgsmodell mit internationaler Strahlkraft und Vorbildwirkung, das weltweit einzigartig ist.

Heute sieht sich unsere Welt mit einer hybriden Gemengelage von Unsicherheiten und Bedrohungen konfrontiert, die den europäischen Kontinent in vielerlei Hinsicht besonders herausfordert – politisch, wirtschaftlich und ideell. Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur die staatlichen Gesundheitssysteme und die im Gesundheitsbereich Beschäftigten enormen Belastungen ausgesetzt, sie hat auch bestehende Spaltungen in unseren Gesellschaften verstärkt, Verschwörungsmymen und Hassbotschaften in der virtuellen wie auch in der realen Welt befeuert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende mit noch nicht abschätzbaren Folgen für Europa und die Welt. Der Klimawandel wird von Jahr zu Jahr spürbarer und schwebt als Damoklesschwert über uns, bedroht unsere Zukunft und die unserer Kinder. Europa droht im globalen Spiel der Mächte weiter an wirtschaftlicher und politischer Relevanz und folglich an Einfluss zu verlieren.

Die Strahlkraft des europäischen Integrationsprojekts scheint zu schwinden und die Vorwürfe gegen unser geeintes Europa liegen auf der Hand: Zu langsam und zu schwerfällig reagiere die Europäische Union auf neue Herausforderungen, zu anspruchsvoll und utopisch sei die Idee einer „immer engeren“ Union der euro-

päischen Staaten. Tatsächlich bleibt den Mitgliedsstaaten oft keine andere Wahl, als eigenständig zu handeln, wenn das Warten auf europäische Lösungen Gefahr läuft, von der Realität überholt zu werden. Die Folgen der COVID-19-Pandemie, Krieg in unserer Nachbarschaft, Teuerung und Klimawandel verstärken die Zukunftsängste bei vielen Menschen. Gleichzeitig finden – nicht selten antisemitische – Verschwörungsmythen vermehrten Zulauf, die einfache Erklärungsmuster für komplexe Herausforderungen bieten und zusätzlich für Unsicherheit in der Bevölkerung sorgen.

Gerade wenn es um Antisemitismus und Hassverbrechen geht, müssen wir sehr wachsam sein. Die Geschichte mag sich nicht wiederholen – aber Wirkzusammenhänge tun es sehr wohl. Es muss uns bewusst sein, dass, wenn jüdische Gemeinden in Europa unter Druck stehen, über kurz oder lang auch unsere freien Gesellschaften und unsere europäischen Werte bedroht werden. Daher haben wir während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und den Schutz jüdischer Gemeinden in Europa auf die Agenda der EU gesetzt. Das Ergebnis unserer Bemühungen war, dass der Rat der Europäischen Union sich in einer einstimmig angenommenen Erklärung zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration verpflichtet hat, Antisemitismus zu bekämpfen und jüdisches Leben in Europa nachhaltig sicherzustellen. Im Jänner 2021 haben wir in Umsetzung dieser EU-Ratserklärung gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischer Gemeinschaften in Europa eine gesamtheitliche „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“ angenommen. Das Bundeskanzleramt hat die Federführung für die operative Koordinierung der Umsetzung der von der Strategie vorgesehenen 38 Maßnahmen. Vieles wurde bereits umgesetzt bzw. ist in Umsetzung. Aber klar ist, dass wir noch viel zu tun haben, um jüdisches Leben nicht nur zu schützen, sondern auch für künftige Generationen zu erhalten und für alle erlebbar zu machen.

All diese Anstrengungen haben wir im Bewusstsein unternommen, dass Antisemitismus nicht nur ein Angriff auf unsere europäischen Werte ist, sondern auch unser gemeinsames europäisch-jüdisches Kulturerbe insgesamt bedroht. Es ist daher unsere Pflicht, alles zu unternehmen, um jüdisches Leben in Europa zu gewährleisten und somit auch einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Werte zu leisten. Dafür sind entschiedenes Vorgehen auf nationaler sowie auf europäischer Ebene und ein langer Atem erforderlich. Eine Marathonaufgabe, der sich die Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Partnern und der Europäischen Kommission in voller Überzeugung stellt. Denn klar ist: Unsere Grundwerte und unser freies, demokratisches Europa werden wir mit aller Kraft

verteidigen! Ein Europa, in dem die Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten oberste Ziele sind. Ein Europa, das für Jüdinnen und Juden nach den Gräueln des Holocausts wieder ein sicheres Zuhause ist – heute und auch in Zukunft. Ein wertebasiertes Europa, das mit einer Stimme spricht. Ein nachhaltiges und innovatives Europa, das auch in Zukunft Frieden, Sicherheit und Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert. Ein Europa mit internationaler Strahlkraft und Vorbildwirkung. Konrad Adenauer sagte einmal: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde die Hoffnung für viele. Sie ist heute die Notwendigkeit für alle.“

Einleitende Beiträge

Wilhelm Sandrissler

Die Bedeutung europäischer Werte für Freiheit und Sicherheit in Europa

1. Ziele und Inhalte des Beitrags und vorliegenden Buchs

Welche sicherheitspolitische Bedeutung kommt europäischen Werten zu? Mögliche Antworten auf diese Frage soll dieser einleitende Beitrag liefern. Weitere, vertiefende Erörterungen verschiedener Autor*innen bietet das nachfolgende Kapitel „Europäische Werte.“ Mit meinen Ausführungen will ich aufzeigen, wie lange und oft auch schrecklich der Weg zur Herausbildung europäischer Werte war. Diese und unsere darauf fußende, scheinbar selbstverständliche europäische Lebensweise sind nun aber grundlegend bedroht. Das ist meine zentrale These. Extremismus in verschiedenen Ausprägungen, insbesondere Islamismus/politischer Islam, Rechtsextremismus und andere Formen von antidemokratischem Extremismus, wie wir sie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlebt haben, sowie Antisemitismus und auf solchen Extremismen fußender Terrorismus werden dabei als besonders wichtige Herausforderungen identifiziert. Nach persönlichen Analysen dazu finden sich im Buch vertiefende Erörterungen zu den Themen „Extremismus und Terrorismus“, „Politischer Islam“ sowie „Antisemitismus“. In diesem einleitenden Beitrag wird zudem auf weitere, sonst nicht im Sammelband angesprochene grundsätzliche Herausforderungen eingegangen. Diese ergeben sich durch Entwicklungen in der digitalen Welt und antidemokratische Ideologien, wie wir sie in Russland und China erleben. Sie werden Europa künftig noch stärker als bisher betreffen. Insgesamt bedeutet das: Wir müssen unsere europäischen Werte fördern, schützen und verteidigen, wenn wir Freiheit und Sicherheit in der Europäischen Union (EU) erhalten wollen. Dafür erforderlich ist eine proaktive, auf positive Gestaltung gerichtete Sicherheitspolitik. Dabei könnte ein „EU-Werte-Check“ helfen, vor oder begleitend zu EU-Maßnahmen bzw. im Zuge von Evaluierungen. Ein solcher erscheint etwa zum Thema

EU-Asyl- und Migrationssystem angebracht oder wenn es um externe Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Handel geht. Darauf sowie auf mögliche weitere Maßnahmenbereiche wird abschließend im Beitrag Bezug genommen. Die einleitenden Ausführungen widmen sich damit gesamtheitlich den im Buch beinhalteten Themen der Kapitel *Förderung und Schutz europäischer Werte, Herausforderung „Extremismus / Terrorismus“*, *Herausforderung „Politischer Islam“*, *Herausforderung „Antisemitismus“*. Sie enthalten auch Ausblicke auf darin jeweils enthaltenen Beiträge.¹

2. Europa, europäische Werte – Eckpunkte und Thesen

Unsere europäischen Werte und die auf ihnen fußende europäische Lebensweise² sind Ergebnisse einer langen Entwicklung. Diese ist im Guten wie im Schlechten bisher einzigartig verlaufen.

Seit der Antike wurden in Europa schrittweise Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben und geordnetes Zusammenleben der Menschen gelegt.³ Darauf sowie auf einer ganzen Reihe negativer und schrecklicher Erfahrungen aufbauend, erfolgte schließlich der Start des beispiellosen, laufenden Großprojekts der europäischen Integration. Es unterscheidet Europa heute grundlegend von den anderen Kontinenten. Alle europäischen Staaten orientieren sich mehr oder weniger an dem damit verbundenen Wertesystem, auch jene, die nicht oder noch nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) sind. *Angesichts zunehmender innerer und äußerer Herausforderungen sind unsere Freiheit und Sicherheit heute aber grundlegend bedroht*. Das ist meine erste, zentrale These. Sie wird auch durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und daraus resultierende globale Konsequenzen untermauert.

Die Zukunft der europäischen Integration, der EU und Europas hängt maßgeblich davon ab, wie wir mit dem Thema europäische Werte weiter umgehen, lautet

- 1 Der Sammelband enthält Beiträge, die seit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 verfasst und zu unterschiedlichen Zeitpunkten abgeschlossen wurden. Der vorliegende einleitende Beitrag wurde mit Juni 2022 fertiggestellt.
- 2 Diese basiere „auf dem Prinzip der Würde und Gleichheit für alle“, so Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrem Missionsbrief an Margaritis Schinas, Vizepräsidentin der EU-Kommission für die Förderung unserer europäischen Lebensweise, vom 1. Dezember 2019. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/default/files/commissioner_mission_letters/president_von_der_leyens_mission_letter_to_margaritis_schinas.pdf (englisch).
- 3 Genauere Ausführungen unter Punkt 2

deshalb die zweite These. Unsere Freiheit und Sicherheit betrifft das genauso wie den Frieden und das Wohlergehen der europäischen Bevölkerungen.

Durch die Förderung und den Schutz europäischer Werte fördern wir zugleich Freiheit und Sicherheit, das Wohlergehen der Menschen in Europa und den Frieden, ist demgemäß meine dritte These. Umgekehrt können europäische Werte und das europäische Lebensmodell wohl nur nachhaltig Bestand haben, wenn es den Menschen gut geht und der Friede gesichert ist. „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“, ist die relevante primärrechtliche Vorgabe in Artikel 3 EU-Vertrag. Der Förderung der Werte wird dabei zentrale Bedeutung zugemessen: „Die gemeinsamen Werte, die unseren demokratischen und gesellschaftlichen Modellen zugrunde liegen, sind das Fundament für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa“, heißt es etwa in der Strategischen Agenda der EU 2019–2024.⁴

Was macht uns Europäer*innen aus? Wie können wir in unserer Vielfalt auf engem Raum beschrieben werden? Vielleicht eben genau dadurch und mit „unserer inneren Widersprüchlichkeit, dem ewigen Zwiespalt in uns selbst, dem ständigen Hin und Her von Meinung und Gegenmeinung, von Idee und Gegenidee, von These und Antithese“, dem alles zu verdanken sei, was Europäer je zustande gebracht haben?⁵

Vielfalt und Widersprüchlichkeit bedeuten auch Individualität und die damit verbundene Möglichkeit, das Leben nach eigenen Vorstellungen lebenswert, erfolgreich zu gestalten, unabhängig von Herkunft, Prägung oder Orientierung. Der wechselseitige Respekt vor dieser individuellen Freiheit sowie vor der ihr zugrunde liegenden unantastbaren Würde aller Menschen könnte als gemeinsamer Kern europäischer, aber auch westlicher Werte verstanden werden.

In der EU bestehen nicht nur daraus ableitbare Freiheitsrechte und Gleichheitsrechte, so wie in anderen westlichen Demokratien. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union definiert darüber hinaus staatenübergreifende, auf Solidarität zielende soziale Grundrechte sowie Bürgerrechte und justizielle Grundrechte. Im untrennbaren Zusammenhang mit den in Artikel 2 EU-Ver-

4 Europäischer Rat, Eine neue Strategische Agenda 2019–2024, angenommen am 20.6.2019. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39963/a-new-strategic-agenda-2019-2024-de.pdf>

5 Peter Prange, Werte. Von Plato bis Pop – Alles, was uns verbindet. Kindle-Edition, Position (Pos.) 228–230.

trag definierten Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit⁶ sowie dem Bekenntnis zu einer Gesellschaft, „die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“, hat sich in der Union damit ein insgesamt einzigartiges europäisches Wertegefüge herausgebildet.

Ist den Menschen in der EU und jenen, die nach Europa kommen, ausreichend bewusst, welche Rechte, Chancen und Möglichkeiten für sie persönlich mit europäischen Werten und der europäischen Lebensweise verbunden sind, welche Pflichten sich für das Zusammenleben ergeben und wie wertvoll unsere mühsam erstrittenen Werte für eine gute europäische Zukunft sind? Debatten mit Bezug zum Thema im Rahmen und am Rande des hochrangigen EU-Ausschusses zur inneren Sicherheit COSI⁷, verschiedene EU-Dokumente⁸ oder offensichtliche Probleme mancher Zuwanderer*innen mit europäischen Werten zeigen, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Es braucht ein allgemein verständliches europäisches Narrativ zur Bedeutung europäischer Werte für ein gutes Leben und Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit sowie gelingende Integration, lautet daher meine vierte These.

Daraus ergibt sich noch eine fünfte These: *Konsensuale Lösungen zu politisch schwierigen Themen wie dem künftigen EU-Asyl- und Migrationssystem werden leichter gelingen, wenn darauf geachtet wird, dass sie europäischen Werten nützen bzw. diese und das europäische Lebensmodell zumindest nicht gefährden.*

6 Artikel 2 EUV: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.[...]“.

7 Der Verfasser war von 2010 bis Juli 2022 österreichischer Delegationsleiter im Ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) der EU.

8 Wie die Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 12. Februar 2015, in der „Kommunikationsstrategien zur Förderung der Toleranz, der Nichtdiskriminierung, der Grundfreiheiten und der Solidarität in der gesamten EU – auch durch Intensivierung des Dialogs zwischen den Religionen und anderen Gemeinschaften“ gefordert werden.

3. Europäische Geschichte und europäische Werte

Um die Ermöglichung bzw. Infragestellung von Individualität geht es ganz wesentlich in der europäischen Geschichte. Damit hat Europa auch die Geschichte des Westens geprägt, wie sich in der Folge umgekehrt westliche Entwicklungen auf Europa ausgewirkt haben. Europa geht dabei über den Westen und der Westen über Europa hinaus, so der Wiener Historiker Gerald Stourzh.⁹ Das zeigen die bis heute merkbaren Unterschiede zwischen lateinisch-westlichen sowie christlich-orthodox bzw. muslimisch geprägten östlichen und südöstlichen Teilen des Kontinents. Auf Heinrich August Winkler Bezug nehmend¹⁰ und unter Berücksichtigung einschlägiger bzw. ergänzender Ausführungen, wie von Peter Prange¹¹ und Alexander Kissler¹², erscheinen auf dem langen Weg zur Herausbildung unserer heutigen europäischen und westlichen Werte vor allem folgende Stationen relevant:

- der – Jan Assmann zufolge im Ägypten des 14. Jahrhunderts vor Christus entstandene – Monotheismus, der in seiner jüdischen, auf die Gottesebenbildlichkeit des Menschen und auf ein ethisches Miteinander zielenden Ausprägung Eingang ins Christentum fand und mit dem man sich auf die Gleichheit aller Menschen vor Gott berufen konnte;
- das auf Sokrates zurückgehende Prinzip von Rede und Gegenrede;
- die Entwicklung vom „Mythos zum Logos“, zur griechischen Aufklärung, verbunden mit der Überzeugung, es gebe eine über allem positivem Recht stehende Ethik;
- die griechischen Vorläufer unserer Demokratie;
- das römische Recht und Privatrecht, mit denen zugleich „die unabhängige, individuelle Person“ geschaffen wurde;
- die Wandlung des Imperium Romanum in das Imperium Christianum;

9 Gerald Stourzh, Statt eines Vorworts: Europa, aber wo liegt es?, in: Gerald Stourzh (Hg.), *Annäherung an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien 2002, S. 11.

10 Vgl. zu den nachfolgenden Aufzählungen Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*. Kindle-Edition, Positionen (Pos.) 239–272; 341–437; 543–586; 908–973; 1046–1105; 1327–1331; 1664–1876; 1994–2150; 3225–4242; 4285–4427; 5960–6087.

11 Vgl. ergänzend zu den nachfolgenden Aufzählungen Prange, Werte, Pos. 199–256.

12 Vgl. ergänzend zu den nachfolgenden Aufzählungen Alexander Kissler, *Keine Toleranz den Intoleranten. Warum der Westen seine Werte verteidigen muss*. Gütersloh 2015, S. 112–134.

- die christliche Aneignung griechischen und lateinischen Bildungsgutes;
- die jüdische und christliche Unterscheidung zwischen religiöser und weltlicher Sphäre;
- die Annäherung von Theologie und Philosophie ab dem 9. Jahrhundert mit der Scholastik, woraus nach dem deutschen Philosophen Oswald Schwemmer die „geistige Selbst-Säkularisierung des Christentums“ erwuchs;
- die Gewaltenteilung zwischen Papst und weltlichen Herrschern als Folge des Investiturstreits;
- die Gewaltenteilung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt sowie die spätere, in Montesquieus „Geist der Gesetze“ beschriebene moderne Gewaltenteilung;
- die Trennung von kirchlichem und weltlichem Recht, die beide auf römisches Recht zurückgriffen;
- Renaissance und Humanismus;
- die Herausbildung der Stadtfreiheit, des Bürgertums und freier Universitäten;
- die Reformation, die das Gewissen des Einzelnen zur höchsten Instanz erhob, mit ihren unterschiedlichen Ausprägungen (wie Luthertum und Calvinismus);
- die Aufklärung, mit der der Mensch aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit hervortritt, wie das Kant ausgedrückt hat
- und schließlich die Entdeckungen ab dem 15. Jahrhundert und das damit verbundene „bohrende Klima des Fragens“.

4. Westliche Geschichte und westliche Werte

Mit den Entdeckungen wird der Boden für die Geschichte des Westens aufbereitet. Heinrich August Winkler spricht vom „Projekt des Westens“. Dieses sei „kein rein europäisches Werk, sondern das Ergebnis transatlantischer Zusammenarbeit.“ Das zeige sich an den ersten, auf britischem Kolonialboden in Nordamerika beschlossenen Menschenrechtserklärungen, beginnend mit der Virginia Declaration of Rights vom 12. Juni 1776. „Sie beeinflussten auf das Stärkste die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung am 26. August 1789“, betont der Historiker.¹³

Mit der Amerikanischen Revolution und der Französischen Revolution „war das Projekt des Westens im wesentlichen ausformuliert“, meint Winkler. Der

13 Winkler, Geschichte des Westens, Pos. 268–271.

Westen hätte von da an einen Maßstab gehabt, „an dem er sich messen konnte – und messen lassen musste“. Das 19. und 20. Jahrhundert habe zu einem großen Teil „aus Kämpfen um die Aneignung oder Verwerfung der Ideen von 1776 und 1789“ bestanden. Erst nach der radikalsten nationalistischen Auflehnung durch den Nationalsozialismus und dem Zusammenbruch des (Sowjet-)Kommunismus 1989/90, habe es ein gesamtgesellschaftliches Bekenntnis zum Projekt des Westens gegeben.¹⁴ Für die Herausbildung des westlichen und europäischen Werteverständnisses maßgeblich waren dabei nicht zuletzt auch der Feminismus sowie die Frauenbewegung in den USA und Europa seit 1789 und insbesondere ab dem 19. Jahrhundert.¹⁵

5. Lehren aus der Geschichte

Die beschriebenen europäischen und westlichen Entwicklungen sind alle wesentlich für unser heutiges Europa, insbesondere seinen lateinisch-westlichen Teil und die EU. Was auf dem Spiel steht, würden wir die schließlich errungenen europäischen Werte nun vernachlässigen, anstatt sie, wie vom EU-Vertrag verlangt, zu fördern, zeigen die dunklen und dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte.

Dazu zählen die Sklaverei (in Antike, Mittelalter und Neuzeit)¹⁶, der christliche Anti-Judaismus und existentielle Hass auf sowie die Verfolgung und Ermordung von Juden, etwa schon im Zuge der Kreuzzüge; Konflikte und Kriege um Religion und Macht, wie der Dreißigjährige Krieg, der zum Teil, so Herfried Münkler, „als Analysefolie gegenwärtiger und zukünftiger Kriege dienen kann“¹⁷, wie wir sie derzeit in der arabisch-muslimischen Welt erleben – aufgrund der Rolle der Religion, der Kriegsführung durch nichtstaatliche Akteure, des Auftretens von Kriegsunternehmen (Warlords) oder der Überlagerung von Kriegsformen (Religions- und Bürgerkrieg, Staaten- und Hegemonialkrieg)¹⁸; die Hexenverbrennung und die im Namen der Inquisition und des Christentums

14 Ebd., Pos. 271–278.

15 Dazu siehe etwa Ute Gerhard, *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*. München 2009.

16 Siehe dazu etwa Michael Zeuske, *Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Berlin – New York 2019.

17 Herfried Münkler, *Der dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe. Deutsches Trauma 1618–1648*. Kindle-Edition. 2017 Berlin, Pos. 13389.

18 Ebd., Pos. 13345–13348 sowie 13422.

begangenen sonstigen Verbrechen; die Verfolgung Homosexueller; die Ausbeutung, Unterwerfung und teilweise Ausrottung von als minderwertig betrachteten außereuropäischen Völkern; die Zerstörung anderer Kulturen; neue „Unbedingtheitsvorstellungen“, die – nach der Trennung vorhandener Konflikte von religiösen Fragen ab dem Westfälischen Frieden 1648 – „mit dem Nationalismus als neuer ‚politischer Religion‘“ ins Spiel kamen¹⁹; die Geschichte des Kolonialismus, die noch heute die Beziehungen zu außereuropäischen Staaten belastet; die Herausbildung von totalitären, gegen die Menschenwürde und persönliche Freiheit gerichteten Ideologien des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus; die Tötung „minderwertigen“ Lebens; zwei Weltkriege, die von Europa ihren Ausgang nahmen, und das einzigartige Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch den Völkermord an europäischen Juden im Holocaust.

6. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Als Folge der schlimmen Erfahrungen, vor allem im Zuge des Zweiten Weltkrieges, verkündete die UNO-Generalversammlung am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) „als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“.²⁰ In ihrer Präambel wird „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte“ aller Menschen als „Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ bewertet und ausgeführt, dass „die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt“ habe. Man müsse „die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes [...] schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen.“²¹

Ein Blick in die rechtlich nicht verbindliche UN-Resolution zeigt die Überschneidungen mit europäischen und westlichen Werten. Das trifft beispielsweise auf das verankerte Recht der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und

19 Ebd., Pos. 13405–13410.

20 Generalversammlung der Vereinten Nationen, Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 183. Plenarsitzung am 10.12.1948. Online verfügbar unter: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

21 Diesem Gedanken und den Verbindungen zur inneren Sicherheit war 2017 die vom Autor initiierte Ausstellung „Widerstand – Rechtsstaat – Menschenrechte“ im Bundesministerium für Inneres in Wien gewidmet. Vgl. Florian Hahn, Rechtsstaat und Widerstand, in: Öffentliche Sicherheit 5–6/2017, S. 39f.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-----------|--|
| AEMR | Allgemeine Erklärung der Menschenrechte |
| AfD | Alternative für Deutschland |
| AI | Artificial Intelligence |
| AQ | Al-Qaida |
| ATIB/ATIP | Avusturya Türkiye İslam Birliği; Türkisch-Islamische Union in Österreich |
| BayIntG | Bayerisches Integrationsgesetz |
| BayRS | Bayerische Rechtssammlung |
| BDS | Boycott, Divestment and Sanctions |
| BEPA | Politischer Beraterstab beim Präsidenten der Europäischen Kommission |
| BKA | Bundeskriminalamt |
| BMI | Bundesministerium für Inneres |
| BNED | Bundesweites Netzwerk Deradikalisierung und Extremismusprävention |
| bpb | Bundeszentrale für Politische Bildung |
| BVergG | Bundesvergabegesetz 2018 |
| BVT | Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung |
| CDU | Christlich-Demokratische Union |
| COSI | Ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit |
| CST | Community Security Trust |
| CTG | Counter-Terrorism Group |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DFG | Deutsche Forschungsgemeinschaft |
| DITIB | Türkisch-Islamische Union in Deutschland |
| DVU | Deutsche Volksunion |
| EGMR | Europäische Gerichtshof für Menschenrechte |
| EHRI | European Holocaust Research Infrastructure |
| EJC | European Jewish Congress |

| | |
|----------------|---|
| EKRE | Eesti Konservatiivne Rahvaerakond |
| EMRK | Europäische Menschenrechtskonvention |
| ESCN | European Strategic Communications Network; Europäisches Netzwerk für strategische Kommunikation |
| ESRA | Psychosoziales Zentrum ESRA |
| EU | Europäische Union |
| FgA | Forum gegen Antisemitismus |
| FGM | female genital mutilation; Weibliche Genitalverstümmelung |
| FPÖ | Freiheitliche Partei Österreichs |
| FRA | Agentur der Europäischen Union für Grundrechte |
| FTF | Foreign terrorist fighters; ausländische terroristische Kämpfer |
| <i>GD JUST</i> | Generaldirektion Justiz |
| GRC | Grundrechtecharta |
| GULAG | Glavnoe upravlenie lagerej; Hauptverwaltung für Lager |
| GVBl. | Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt |
| HBV | Honour Based Violence; Gewalt im Namen der Ehre |
| HIAS | Hebrew Immigrant Aid Society |
| IBD | Identitäre Bewegung Deutschland |
| ICT | International Institute for Counter-Terrorism |
| IGGÖ | Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich |
| IHRA | International Holocaust Remembrance Alliance; Internationale Allianz zum Holocaust-Gedenken |
| IKG | Israelitische Kultusgemeinde |
| IRU | Internet Referral Unit |
| ISIL, Daesh | Islamischer Staat |
| JN | Junge Nationaldemokraten |
| JPR | Jewish Policy Research |
| KI | Künstliche Intelligenz |
| KPCh | Kommunistische Partei Chinas |
| LGBT | Lesbian, gay, bisexual and transgender; lesbisch, schwul, bisexuell und transgender |
| LGTBQ | Lesbian, gay, bisexual, transgender and queer |
| LVT | Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung |
| MENA | Middle East & North Africa; Nahost und Nordafrika |
| n.u.Z. | nach unserer Zeitrechnung |
| NAP.I | Nationaler Aktionsplan Integration |

| | |
|--------|--|
| NGO | Nichtregierungsorganisation |
| NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NSU | Nationalsozialistischer Untergrund |
| OA | Organisationsabteilung |
| ÖAW | Österreichische Akademie der Wissenschaften |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| ÖIF | Österreichischer Integrationsfonds |
| ÖJKG | Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe-gesetz |
| OPEC | Organization of the Petroleum Exporting Countries; Organisation erdölexportierender Länder |
| OSS | Oldschool Society |
| OTS | Originaltext-Service der Austria Presse Agentur (APA-OTS) |
| PDS | Partei des demokratischen Sozialismus |
| Pegida | Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes |
| PFLP | Popular Front for the Liberation of Palestine |
| RAF | Rote Armee Fraktion |
| RAN | Radicalisation Awareness Network; Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung |
| RFS | Ring Freiheitlicher Studenten |
| RT | Russia Today |
| SACC | Security and Crisis Centre |
| TCO | Terrorist Content Online |
| TeBG | Terror-Bekämpfungsgesetz |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur |
| VEKO | Vernetzte Kompetenz |
| WDA | Working Definition of Antisemitism; Arbeitsdefinition für Antisemitismus |
| WHO | World Health Organization; Weltgesundheitsorganisation |
| WWT | Weißer Wölfe Terrorcrew |
| ZARA | Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit |

Autorinnen und Autoren

Ebrahim Afsah, Univ.-Prof. Dr., geb. 1972 in Teheran, Professor für Rechtswesen und Ethik im Islam am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung der Universität Wien und Assoziierter Professor für Völkerrecht an der Universität Kopenhagen. Ausgebildet an den Universitäten London, Dublin und Harvard sowie dem Max-Planck-Institut für Völkerrecht arbeitete er lange als Rechts- und Verwaltungsexperte in der Entwicklungszusammenarbeit, hauptsächlich in Afghanistan. In jüngerer Zeit war Ebrahim Afsah Fernand Braudel Senior Fellow am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz, am Norwegischen Centre for Advanced Studies (Nordic Civil Wars in Comparative Perspective), an der Harvard Law School (Islamic Legal Studies Program) sowie der National University of Singapore (Centre for Asian Legal Studies).

Seyran Ateş, Rechtsanwältin und Buchautorin, geb. 1963 in Istanbul, lebt seit 1969 in Deutschland. Ihre Schwerpunkte liegen im Familienrecht und in der Betreuung von Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Als Frauen- und Menschenrechtsaktivistin und muslimische Frau gehört sie zu den bedeutendsten Stimmen im Kampf gegen religiöse und traditionsbedingte Gewalt. Im Jahre 2017 eröffnete sie die liberale Ibn Rushd-Goethe Moschee in Berlin, deren geschäftsführende Gesellschafterin sie ist. In der IRG-Moschee beten Männer und Frauen gemeinsam in einem Raum und Frauen und Männer übernehmen jede religiöse und rituelle Funktion absolut gleichberechtigt. Sie ist Verfasserin von insgesamt sechs veröffentlichten Büchern, diversen Publikationen sowie vielen Zeitungsartikeln. Unter den insgesamt 30 Auszeichnungen für ihr gesellschaftspolitisches Engagement befinden sich das Bundesverdienstkreuz am Bande, das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse sowie der Verdienstorden der Stadt Berlin.

Joachim Bitterlich, geb. 1948, Botschafter a.D., Honorarprofessor ESCP Paris, Lehrbeauftragter für europäische und internationale Politik und Strategie an weiteren universitären Institutionen. Gebürtig aus dem Saarland, Reserveoffizier; Studium Recht, Volkswirtschaft und Politik in Saarbrücken und an der Ecole Nationale d'Administration in Paris. Tätig in Diplomatie und Politik – Algier, Brüssel EU; Büro BM Genscher; zunächst europapolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, dann für Europa-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik; Botschafter bei der NATO und in Madrid. Anschließend in der Wirtschaft (Executive VP Veolia Environnement Paris, später zudem Chairman für Deutschland). Private wie öffentliche Beratungs- und Aufsichtsratsmandate in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern. Mitglied in deutschen, europäischen und internationalen Institutionen und Projekten, regelmäßige Veröffentlichungen zur europäischen und internationalen Politik – zuletzt „Grenzgänger: Deutsche Interessen und Verantwortung in und für Europa – Erinnerungen eines Zeitzeugen“, Stuttgart, April 2021.

Oskar Deutsch, geb. 1963, ist seit 2012 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sowie der Israelitischen Religionsgesellschaft Österreichs. Zuvor war er ab 1999 deren Vizepräsident. Er studierte an der Wirtschaftsuniversität Wien und war lange Zeit Geschäftsführer der Alvorada, die er bis zum Verkauf stetig ausbaute. Seit seiner Jugend war Oskar Deutsch ehrenamtlich in diversen Organisationen der Gemeinde tätig. Er ist Gründungsmitglied des Sportclubs Maccabi Wien und war Vizepräsident der Maccabi Europa. Seit 1993 ist er Kultusvorsteher der IKG und Leiter diverser Kommissionen in den Bereichen Immobilien, Jugend etc. Herausgeber von „Die Zukunft Europas und das Judentum. Impulse zu einem gesellschaftlichen Diskurs“ (2017).

Lisa Fellhofer ist Direktorin der Dokumentationsstelle Politischer Islam, deren Ziel die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation sowie die Sammlung von Informationen über religiös motivierten politischen Extremismus mit Fokus auf dem Politischen Islam ist. Davor war sie zehn Jahre in leitender Position im Integrationsbereich tätig.

Stefan Goertz, Prof. Dr., Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, am Fachbereich Bundespolizei, in Lübeck. Aktuelle Publikationen zum Themenbereich Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus: Goertz, Rechtsextremismus und Rechtster-

rorismus in Deutschland. Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden. Hilden 2021; Goertz – Goertz-Neumann, Politisch motivierte Kriminalität. Radikalisierung und Extremismus. 2. Aufl. Heidelberg 2021.

Kenan Güngör, Soziologe; gilt als einer der profiliertesten Experten in Integrations- und Diversitätsfragen und berät staatliche und nichtstaatliche Organisationen sowie Parteien. Er ist Inhaber des Forschungsbüros „think-difference“ und Mitglied des unabhängigen Expertenrates der österreichischen Bundesregierung. Inhaltliche Schwerpunkte: Gesellschaftlicher Wandel, Integration, Partizipation, Diversität, integrationspolitische Strategieentwicklung & Kommunikation, Organisationsentwicklung, Stadtsoziologie, Jugend, Identität, Konfliktanalyse, Abwertungen und Radikalisierung.

Florian Hartleb, Dr. phil., geb. 1979 in Passau, hat nach dem Studium an der Universität Passau 2004 zum Thema „Rechts- und Linkspopulismus“ an der Technischen Universität Chemnitz promoviert (summa cum laude). Im Zuge seiner weiteren Tätigkeiten arbeitete er unter anderem im Deutschen Bundestag und beim Brüsseler Think-tank Wilfried Martens Centre for European Studies. Derzeit lehrt er an der Katholischen Universität Eichstätt sowie an der Hochschule der Polizei in Sachsen-Anhalt. Er war Gutachter der Stadt München im Fall des Anschlags auf das Olympia-Einkaufszentrum vom 22. Juli 2016. Seit 2014 lebt er in Tallinn/Estland, wo er sich intensiv mit den Folgen der Digitalisierung beschäftigt. Als Sachverständiger wirkt Hartleb in der Enquete-Kommission „Zukunft des Ehrenamts“ des Landtags Niedersachsen.

Christiane Höhn, Dr., ist die Führende Beraterin des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung, für den sie seit 2010 tätig ist. Zuvor war sie auf EU-Ebene in den Bereichen transatlantische Beziehungen sowie Nichtverbreitung und Abrüstung tätig. Bevor sie 2004 zum Rat der EU kam, war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Völkerrecht in Heidelberg und Mitarbeiterin am Center for Public Leadership an der Harvard Kennedy School of Government. Christiane Höhn promovierte in Völkerrecht an der Universität Heidelberg, machte ihren LL.M. an der Harvard Law School und hat beide juristischen Staatsexamen in Deutschland abgelegt. Zu den Themen Terrorismusbekämpfung, Völkerrecht und internationale Angelegenheiten hat sie zwei Bücher, zahlreiche Artikel und Beiträge verfasst und ist auch als Gastautorin tätig.

Gilles de Kerchove war von 2007 bis 2021 EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung. In dieser Funktion koordinierte er die Arbeit der Europäischen Union auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung, führte die Übersicht über alle diesbezüglich der EU zur Verfügung stehenden Instrumente, überwachte die Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung und förderte die Kommunikation zwischen der EU und Drittländern im Hinblick auf die aktive Rolle der EU im Kampf gegen den Terrorismus. Zuvor war er Direktor in der Generaldirektion Justiz und Inneres des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union (1995–2007). In dieser Funktion war er maßgeblich an den Verhandlungen zur Begründung und Einrichtung von Eurojust, CEPOL und des Europäischen Haftbefehls beteiligt. Zwischen 1999 und 2000 war Gilles de Kerchove stellvertretender Sekretär des Konvents zur Ausarbeitung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Davor hatte er verschiedene Positionen in der föderalen belgischen Regierung inne. Gilles de Kerchove lehrt Europarecht an der Université Catholique de Louvain, an der Université Libre de Bruxelles und an der Université Saint Louis-Bruxelles. In Publikationen, Büchern und Artikeln befasst er sich mit den Themenbereichen Europarecht, Menschenrechte, Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Der studierte Rechtswissenschaftler hat einen Abschluss von der Université Catholique de Louvain (1979) und einen Master in Law (LLM) von der Yale Law School (1984).

Mouhanad Khorchide, Univ.-Prof. Dr., geb. 1971 in Beirut, Professor für Islamische Religionspädagogik und Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Gründungsmitglied des 2015 gegründeten Muslimischen Forums Deutschland und der 2019 gegründeten Muslimischen Gemeinschaft NRW, seit 2020 Leiter des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam. Autor zahlreicher Publikationen, zuletzt „Gottes falsche Anwälte. Der Verrat am Islam“ (2020) und „Umdenken! Wie Islam und Judentum unsere Gesellschaft besser machen“ (mit Walter Homolka) (2021).

Martin Kienl, Mag., M.A.I.S., geb. 1983 in Kitzbühel, Leiter der Sektion „Integration, Kultusamt und Volksgruppen“ im Bundeskanzleramt. Seit 2010 in verschiedenen Funktionen und Ministerien im Bereich Integration, ehem. Gastdozent an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zu den Themen Radikalisierung und Prävention, beratend tätig in der gemeinnützigen Stiftung „Weitblick“, Absolvent der Diplomatischen Akademie in Wien und der Universität Wien (Politikwissenschaften).

Alexander Kissler, Dr., geb. in Speyer, ist seit 2020 politischer Redaktor im Berliner Büro der „Neuen Zürcher Zeitung“. Zuvor leitete er das Kulturressort des Monatsmagazins „Cicero“ und war Journalist unter anderem bei der „Süddeutschen Zeitung“, dem Magazin „Focus“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er studierte Germanistik, Geschichte und Medienwissenschaften in Marburg an der Lahn und wurde mit einer Arbeit über Rudolf Borchardt promoviert. Von ihm stammen zahlreiche Sachbücher, unter anderem „Dummgeglotzt. Wie das Fernsehen uns verblödet“, „Der aufgeklärte Gott. Wie die Religion zur Vernunft kam“, „Widerworte. Warum mit Phrasen Schluss sein muss“ und zuletzt „Die infantile Gesellschaft. Wege aus der selbstverschuldeten Unreife“. www.Alexander-Kissler.de

Armin Lange ist Professor für das Judentum des Zweiten Tempels und Antisemitismusstudien am Institut für Judaistik der Universität sowie korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seine Publikationen beschäftigen sich mit der Religionsgeschichte des Antisemitismus, dem antiken Judentum, der Textgeschichte der jüdischen Schriften und den Textfunden von Qumran.

Michael Laubsch, geb. 1966, studierte Politische Wissenschaften, Osteuropäische Geschichte und Philosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, Deutschland. Nach langjähriger Tätigkeit im Deutschen Bundestag war er Direktor eines EU-Thinktanks zu Fragen der Demokratisierung in post-sowjetischen Staaten, beriet internationale NGOs in Fragen Demokratisierung und Pluralismus und erstellte Campaigning-Konzepte für Zivilgesellschaften, Bewegungen und Parteien. Ab 2016 hat er die Advocacy Unit der Europäischen Bürgerinitiative „STOP EXTREMISM“ EU-weit geleitet. Infolge dieser Arbeit, durch Vorträge und öffentliche Auftritte, hat er sich einen Namen als Experte zu Fragen Extremismus, politischer Islam, Integration und EU-Werte ge-

macht und gibt seine Einschätzung in Wort und Stimme an EU-Institutionen, Parteien und NGOs weiter. Michael Laubsch schreibt auch regelmäßig für die Wiener Zeitschrift „Schalom“ zu den Themen Judentum und Israel. Er lebt in Wien.

Ahmad Mansour, geb. 1976, ist arabischer Israeli und lebt seit 2004 in Berlin. Er ist Diplom-Psychologe, arbeitet für Projekte gegen Extremismus und engagiert sich unermüdlich gegen Antisemitismus. 2015 erschien sein Bestseller „Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“, im August 2018 folgte „Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache“. Anfang 2018 gründete er die Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention, welche bundesweit Projekte durchführt. Im Oktober 2020 veröffentlichte Ahmad Mansour sein drittes Buch „Solidarisch sein! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass“. Für seine Arbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen.

Thomas Müller, Hon. Prof. Mag. Dr., ist seit 2005 Mitarbeiter des Institutes für Wissenschaft und Forschung der österreichischen Sicherheitsakademie, war von 1984 bis 1993 im aktiven Dienst der Sicherheitswache der Bundespolizei und von 1993 bis 2004 Leiter des Kriminalpsychologischen Dienstes der Gruppe II/D-INTERPOL bzw. des Bundeskriminalamtes in Wien.

Wilhelm Sandrisser, Dr. iur., ist Sektionsleiter-Stellvertreter und Leiter der Gruppe „Sicherheitspolitik, Psychologischer Dienst, Sicherheitsakademie“ im österreichischen Bundesministerium für Inneres. Er hat dort rund 20 Jahre die internationale und EU-Arbeit koordiniert. Zuvor war er unter anderem am Institut für Strategische Forschung der Landesverteidigungsakademie im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik tätig.

Emina Saric, MA, geb. 1969 in Banjaluka, Bosnien und Herzegowina, Germanistikstudium in Sarajevo, Montessori-Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Graz, Interdisziplinäre Geschlechterstudien an der Karl-Franzens-Universität Graz. Umfangreiche Erfahrungen in praktischer und theoretischer Arbeit zu den Themenbereichen „Ehrkulturelle Milieus und Gewalt im Namen der Ehre sowie traditionsbedingte Gewaltformen im Spannungsfeld der Geschlechterverhältnisse“. Autorin vieler Publikationen, darunter „Ehre, Scham und Schande. Warum wird Frauen Gewalt angetan?“ (2021). Aktuell unterrichtet sie am Aus-

bildungszentrum für Sozialberufe, Caritas Graz, und arbeitet als Vortragende und Bildungsmanagerin an der Privaten Pädagogischen Hochschule Augustinum in Graz. Seit 2018 Mitglied des Expertenrates für Integration, Vorsitzende des Aufsichtsrates des Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischem Islam.

Lawrence H. Schiffman, Prof., ist Judge Abraham Lieberman Professor für Hebräische und Jüdische Studien an der New York University und Vorstand des Global Network for Advanced Research in Jewish Studies. Er promovierte am Institut für Nahost- und Jüdische Studien an der Brandeis University. Lawrence H. Schiffman ist Experte für die Schriftrollen vom Toten Meer, für antikes Judentum, für jüdische Rechtsgeschichte und talmudische Literatur. Zu seinen Publikationen gehören „Reclaiming the Dead Sea Scrolls“ (1995), „The Courtyards of the House of the Lord: Studies on the Temple Scroll“ (2008), und mehr als 200 Artikel zu den Schriftrollen vom Toten Meer. Er ist Mitherausgeber der „Encyclopedia of the Dead Sea Scrolls“ (2000) und von „Outside the Bible: Ancient Jewish Writings Related to Scripture“ (2013). Er war Mitorganisator der Konferenz „An End to Antisemitism!“ und ist Mitherausgeber der gleichnamigen mehrteiligen Sammelbandreihe, die die Konferenz dokumentiert.

Ulrich Schlie, Univ.-Prof. Dr., geb. 1965 in Nürnberg, Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Direktor des Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies. Veröffentlichung zahlreicher Publikationen zur Strategie und zur Internationalen Sicherheitspolitik sowie zur deutschen und europäischen Geschichte, darunter die Habilitation „Der strategische Wandel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im zeitgeschichtlichen Kontext seit 1949“.

Katharina von Schnurbein, M.St. MES, geb. 1973 in Regen, seit Dezember 2015 Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission. Zuvor Beraterin des Kommissionspräsidenten J. M. Barroso für den Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften. Pressesprecherin des tschechischen EU-Kommissars V. Spidla (2004–2010); Pressesprecherin der EU-Delegation in Prag (2002–2004). Studium Politikwissenschaft und Slawistik in Prag, Bonn (MES) und Oxford (M.St). EU-Fellowships am Europäischen Universitätsinstitut in Florenz 2017/18. Ausgezeichnet mit dem Europäischen Menschenrechtspreis von B'nai B'rith Europa 2018.

Nina Scholz studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Ab 1999 Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann Institut für Historische Sozialwissenschaft in Wien, seit 2007 freiberufliche Tätigkeit. Forschungen und Publikationen zu den Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus und dem Themenkomplex Europa, Menschenrechte und Islam. Beratungs- und Fortbildungstätigkeit im pädagogischen und politischen Bereich. Autorin verschiedener Publikationen zu integrationspolitischen Themen und zur Struktur und Wirkungsweise politisch-islamischer Organisationen in Österreich und Europa, darunter „Gewalt im Namen der Ehre“ (2016) und „Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert“ (2019).

Zekirija Sejdini, Univ.-Prof. Dr., geb. 1972 in Vrapciste, Professor für Islamische Religionspädagogik (Universität Innsbruck) sowie Professor für Islam in der Gegenwartsgesellschaft (Universität Wien). Leiter des Instituts für Islamische Theologie und Religionspädagogik (Innsbruck). Autor und Herausgeber zahlreicher Publikationen zur (interreligiösen) Religionspädagogik, darunter theoretische Ansätze und empirische Studien wie die Monografie „Mensch werden. Grundlagen einer interreligiösen Religionspädagogik und -didaktik aus muslimisch-christlicher Perspektive“ (mit Martina Kraml und Matthias Scharer; englische Übersetzung 2020). Auszeichnung mit dem „Kurt-Schubert-Gedächtnispreis für interreligiöse Verständigung“ 2016.

Christian Stadler, Ao.Univ.Prof. MMag. DDr., geb. 1966 in Wien, Magister- und Doktorstudium der Rechtswissenschaften und der Philosophie (letzteres *sub auspiciis praesidentis*), habilitiert an der Universität Wien für Rechtsphilosophie mit einer Arbeit über Johann Gottlieb Fichte; zurzeit (2013–2022) Leiter der polemologischen Forschungskoooperation der Universität Wien mit der Landesverteidigungsakademie; Gastvortragender an der Theresianischen Militärakademie, der Landesverteidigungsakademie, der Sicherheitsakademie des Bundes; Forschungsschwerpunkt: Polemologie, Philosophie von Krieg und Frieden; Philosophie des antiken (Platon) und neuzeitlichen (Fichte) Idealismus; Rechtskulturlhre und Wertphilosophie v. a. auch im Hinblick auf Migrations- und Integrationspolitik.

Maram Stern ist geschäftsführender Vorsitzender (Executive Vice President) des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress) seit 2019. Davor war er stellvertretender Generalsekretär des WJC (1989–2019). Er ist auch für die Teilnahme des WJC am interreligiösen Dialog und an Konsultationen mit den christlichen Kirchen und anderen Glaubensrichtungen verantwortlich. Von 1983 bis 1988 war Maram Stern Präsident der Europäische Union Jüdischer Studenten (European Union of Jewish Students), der Jugendabteilung des WJC. Er verfügt über umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen in Asien, Mittel- und Osteuropa, Nordamerika und Südafrika.

Nicolas Stockhammer, Dr., geb. 1975 in Wien, ist Politikwissenschaftler mit Fokus auf Sicherheitspolitik (Extremismus- und Terrorismusforschung). Seit Juli 2021 obliegt ihm die wissenschaftliche Leitung und Koordination des Research Clusters „Counter-Terrorism, CVE (Countering Violent Extremism) and Intelligence“ an der Donau-Universität Krems. Diverse Publikationen in internationalen Printmedien und wissenschaftlichen Journalen. Zuletzt zusammen mit Peter R. Neumann „Vorläufige Lektionen vom Terror in Wien“, EICTP Policy Brief, Vol. 1 / February 2021. Zahlreiche nationale wie internationale Medienauftritte zu Fragen des transnationalen Terrorismus, des Extremismus und politisch motivierter Gewalt.

Melody Sucharewicz ist deutsch-israelische Beraterin für Kommunikation und Strategie, jüngst war sie außenpolitische Sprecherin und Beraterin des israelischen Verteidigungsministers Benny Gantz. Sie ist in München geboren und aufgewachsen, hat polnische, österreichische, französische und rumänische Wurzeln. 1999 emigrierte sie nach Israel, studierte Soziologie, Anthropologie und Management an der Tel Aviv University. 2006 gewann sie „The Ambassador“, einen anspruchsvollen israelischen TV-Wettbewerb. Es folgte ein Jahr von internationalen Good-will-Missionen als Sonderbotschafterin. Später war sie unter anderem als Beraterin für Internationale Beziehungen für das Peres Center for Peace in Tel Aviv tätig und als Direktorin des Deutschen Israelkongresses – Europas größter bilateraler Veranstaltung. Melody Sucharewicz arbeitet außerdem als Moderatorin, publiziert in deutsch-sprachigen und israelischen Medien zu den Themen Nahost und deutsch-israelische Beziehungen. Sie promoviert beim King's College War Studies Department in London zum Thema Deradikalisierung ehemaliger islamistischer Extremisten.